



# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.

Anzeigen die viergespaltene  
Reitzeit 20 Pf.

Im Abonnement nach Uebereinkunft.  
Arbeitsvermittlung frei.

Abonnement vierteljährlich  
75 Pf., bei jedem Postamt und in  
der Expedition.

Postzeitungspreisliste Nr. 2174.

Redaktion und Expedition:

Berlin S.W.,

Alexandrinenstr. 113, II.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner)

und verwandten Berufsgenossen

(Girch-Duncker).

Nr. 3.

Berlin, den 21. Januar 1898.

IX. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an R. Bahlke, Berlin S.W., Alexandrinenstr. 113, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin S.W., Alexandrinenstr. 113 zu adressieren.

### Die Lage der Arbeiterversicherung.

Die zum Ausbau der Arbeiterversicherung schon im vergangenen Jahre dem Reichstage unterbreiteten Novellen, sowie sonstige neue sozialpolitische Gesetze werden demselben in dieser Session nicht vorgelegt werden, wie dies von Seiten des Staatssekretärs des Innern, Herrn Grafen von Posadowsky-Wehner in den Sitzungen vom 11. und 13. Dezember v. J. in begründender Weise dargelegt wurde.

Wenngleich nun wohl im Reichstage über die Reformvorschläge der verbündeten Regierungen hinsichtlich der Invaliditäts- und Altersversicherung eine vollkommene Einigung nicht erzielt wurde, so ist hierin immerhin noch kein genügender Grund für die Vertagung der Reform im Allgemeinen, geschweige denn für einen weiteren Aufschub derjenigen Erleichterungen zu erblicken, die seit lange und von allen Beteiligten gefordert werden.

In noch erhöhtem Maße trifft dies für die Unfallversicherung zu. Die dem Reichstage im vergangenen Jahre vorgelegte Novelle begegnete bei der ersten Berathung im Plenum keinem erheblichen Widerspruche, wenn auch die zur Geltung gebrachten Wünsche mannigfacher Art waren. Der Reichstag überwies den Gesetzentwurf einer aus 28 Mitgliedern bestehenden Kommission, von welcher er in 41 Sitzungen aufs Eingehendste geprüft und berathen wurde. Unter den Beschlüssen erster Lesung waren von prinzipieller Bedeutung, die Wiedereinführung der Rekrufe für alle Fälle dauernder Erwerbsunfähigkeit und die Herabsetzung der Karenzzeit auf vier Wochen. Zwischen der ersten und zweiten Lesung fanden dann auf Wunsch der Vertreter der verbündeten Regierungen private Besprechungen statt, an welchen Mitglieder aller Parteien, die sozialdemokratische ausgenommen, theilnahmen.

In dieser freien Subkommission wurde das Gesetz, nachdem die Mitglieder der freikonservativen und der konservativen Partei sich vor Beendigung der Beratungen von ihnen zurückgezogen hatten, in der Fassung vereinbart wie es in zweiter Lesung von der Kommission angenommen ist. Allerdings hatte die Regierung gegen die Herabsetzung der Karenzzeit bezw. gegen die an deren Stelle gesetzte Regreßpflicht der Berufsgenossenschaften bis zuletzt Widerspruch erhoben, aber sie hatte doch auch kaum einen Zweifel darüber gelassen, daß das Gesetz in der beschlossenen Fassung dem Reichstage in seiner nächsten Session wieder vorgelegt werden würde. Wie wären auch sonst die Vertreter der beteiligten Centrums- und nationalliberalen, sowie der freisinnigen Parteien dazu gekommen, von ihrem zuerst eingenommenen prinzipiellen Standpunkt soweit zurückzuweichen, wie sie es dankenswerther Weise gethan, wenn sie nicht geglaubt hätten, damit die Grundlage für ein Gesetz zu schaffen, welches die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden würde?!

Daß das Plenum des gegenwärtigen Reichstages sich den Beschlüssen seiner Kommission angeschlossen hätte, ist um so sicherer anzunehmen, als zu den genannten Parteien, welche in der Kommission die Mehrheit bildeten, noch die sozialdemokratische getreten wäre, welche zwar mehr verlangt hatte, aber die durch die Novelle gebotenen vielfachen Verbesserungen im Interesse der Arbeiter schwerlich von der Hand gewiesen, sie zum Mindesten als

Abzlagszahlung angenommen hätte. Es ist aber auch anzunehmen, daß selbst die konservative Partei als solche der Annahme des Gesetzes schließlich keinen prinzipiellen Widerspruch entgegengesetzt haben würde, insoweit die Regierung sich die Beschlüsse der Kommission angeeignet hätte. Von „vielen differirenden Ansichten innerhalb des Reichstages“ kann daher in Bezug auf die Unfallversicherung gar nicht die Rede sein. Allerdings haben einzelne Mitglieder des Reichstages aus ihrem Widerstreben gegen die Beschlüsse der Kommission kein Hehl gemacht. Bei dem bedauerlichen Einfluß, welchen sich insbesondere eines dieser Mitglieder auf die Entschließungen der Regierung zu verschaffen verstanden hat, muß man fast glauben, daß dessen abweichende Meinung dem Herrn Staatssekretär wie in einem Kaleidoskop vervielfältigt erschienen ist.

Was die Ansichten außerhalb des Reichstages betrifft, so hat Herr von Posadowsky auf die ernstesten und weitgehenden Einwendungen aus berufsgenossenschaftlichen Kreisen hingewiesen und hinzugefügt, daß die Regierung sich in einen akuten Gegensatz zu den Vorständen der Genossenschaften gesetzt hätte, wenn das Gesetz so, wie beschlossen, von Neuem vorgelegt worden wäre. Dieser Gegensatz ist zweifellos vorhanden, er ist aber keineswegs allgemein. Es giebt eine erhebliche Zahl von Berufsgenossenschaften, die nur gegen einzelne Beschlüsse der Kommission Bedenken geltend machen. Und auch innerhalb der einzelnen Berufsgenossenschaften sind die Meinungen getheilt. Die Einen legen mehr Gewicht auf Erhaltung der bisherigen Rechte, die Anderen auf die Fernhaltung neuer Belastungen. Diejenigen, welche fast jede Aenderung zu Gunsten der Versicherten ablehnen, selbst solche, welche in der Kommission einstimmige Annahme gefunden haben, sind die süd- und westdeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften und diejenigen Genossenschaften, welche dem Central-Verband deutscher Industrieller als Mitglieder angehören oder doch mit ihm in enger Verbindung stehen.

Die in Frankfurt a. M. und Wiesbaden abgehaltenen Versammlungen der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften und der vom Centralverband zu diesem Zweck berufenen Kommission sind dann auch mit den Beschlüssen der Reichstagskommission scharf ins Gericht gegangen. Auch der Reichsregierung selbst hat man bittere Vorwürfe gemacht, daß sie es gewagt, bei den in Rede stehenden Beschlüssen mitzuwirken, und sie energisch aufgefordert, bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages von jeder Aenderung des Gesetzes abzusehen. Allerdings hat sich auch auf dem im Juni v. J. in Berlin abgehaltenen Berufsgenossenschaftstage, an welchem die zum Verbandsgehörenden Genossenschaften theilnahmen, die Mehrheit gegen die wichtigsten Beschlüsse der Kommission erklärt, aber es kamen doch auch andere Meinungen zur Geltung, und diese stützten sich auf Erfahrungen, die den Gegnern für ihre Behauptungen meistens abgingen.

Es würde zu weit führen, so bemerkt Herr Koesike in der „Soz. Prax.“, die Irrthümer und wichtigen Schlüsse im Einzelnen zu widerlegen, welche sich die Mitglieder des Centralverbandes deutscher Industrieller nachdem inzwischen veröffentlichten Bericht bei ihren Beratungen haben zu Schulden kommen lassen; wenn nachgewiesen würde, daß die Herren sowohl den Bericht der Reichstagskommission, wie den Bericht über den oben erwähnten Berufsgenossenschaftstage in wichtigen Punkten entweder miß-

verstanden oder nicht gelesen haben. Es genügt für heute festzustellen, daß sich die Opposition des Centralverbandes nicht nur gegen die von der Kommission aus eigener Initiative, sondern auch gegen die auf Anregung der Regierung gefassten Beschlüsse richtet. Denn gerade die Regierung ist es gewesen, welche auf eine Entlastung des Reichsversicherungsamtes drang, welche die Errichtung örtlicher Schiedsgerichte für unabweisbar und den jetzigen Zustand für unhaltbar bezeichnete. Gerade deshalb ist der Regierung auch ein besonderer Vorwurf daraus zu machen, daß sie um so leichtem Herzens das Erreichte preisgibt, weil eine Anzahl berufsgenossenschaftlicher Organe sich gegen diese Beschlüsse ausgesprochen hat. Ueberdies bestand über die Ansichten dieser Organe innerhalb der Kommission schon damals kein Zweifel. Alle Gründe, die von ihrer Seite geltend gemacht werden konnten, sind ausführlich zur Sprache gekommen. Wenn die Kommission trotzdem bei ihrer Stellungnahme verharrte, so geschah dies, weil ihr die allgemeinen Interessen wichtiger erschienen, als die der beteiligten Berufsgenossenschaften. Und mit Recht; denn es ist nicht zu übersehen, daß die Berufsgenossenschaften und deren Organe auch in diesen Fragen mehr oder weniger Partei sind und bis zu einem gewissen Grade auch sein müssen, weil sie die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen haben.

Wenn nun Herr v. Posadowsky den Widerspruch des einen Theils der Interessanten für so erheblich erachtet, um deswegen die Novelle vorläufig ganz ad acta zu legen, so erscheint ein solches Präjudiz (vorgesezte Meinung) um so bedenklicher, als dann auch andere Interessenten bei anderen Gelegenheiten gleiche Rücksicht beanspruchen können. Es ist der Erinnerung werth, daß er Herr Graf v. Posadowsky als Reichssekretär anders urtheilte, daß sich sogar über die Opposition derjenigen Industriezweige beschwerte, welche sich gegen die ihnen zugeordneten Sonderbesteuerungen wehrten. Und doch handelte es sich damals um Lasten, die einzelnen Gewerben auferlegt werden sollten, gegen welche die von der Unfallkommission beschlossene Mehrbelastung der gesamten Industrie als unerheblich bezeichnet werden muß. Wenn Herr v. Posadowsky meint, es sei höchst wichtig, das Unfallversicherungsgesetz so einzurichten, „daß auch die Leiter der Berufsgenossenschaften freudig an seiner Ausarbeitung mitarbeiten“, so ist dagegen gewiß nichts einzuwenden. Wenn aber Berufsgenossenschaften erklären: lieber gar keine Aenderung, wenn uns damit irgend welche neue Lasten erwachsen, so läßt dies meines Erachtens erkennen, daß die betreffenden Vorstände sich ihrer Aufgabe nicht bewußt sind. Die Berufsgenossenschaften sind und dürfen immer nur Mittel zum Zweck, niemals Selbstzweck sein. Ihr Zweck ist die vollkommene Durchführung der Unfallversicherung. Behindern sie die Erreichung dieses Zweckes, dann haben sie die Berechtigung ihrer Existenz verloren. Das mögen alle diejenigen bedenken, denen wie mir an der Erhaltung der berufsgenossenschaftlichen Organisation gelegen ist.

Wenn somit die für die Vertagung der Reform auf dem Gebiete der Unfallversicherung geltend gemachten Gründe theils den Thatsachen nicht entsprechen, theils nicht gerechtfertigt sind, so spricht noch ein besonderer Umstand gegen das Verhalten des Herrn Grafen v. Posadowsky. Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz ist dem Reichstag erst vorgelegt worden, nachdem dieser sie immer und immer wieder gefordert und die Reichsregierung sie ebenso oft versprochen hatte. Die entsprechenden Verhandlungen und Beschlüsse reichen zurück bis zum Jahre 1890. Jetzt, nachdem nun die Forderung erfüllt ist und eine Einigung zwischen Regierung und Reichstag bezw. dessen Kommission stattgefunden hat, wird die Frage von Neuem vertagt, weil sich die Träger der Versicherung gegen die ihnen zugeordnete unabweisliche Vermehrung ihrer Lasten sträuben, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch Tausende von Arbeitern noch länger auf die Erfüllung solcher Ansprüche verzichten müssen, die ihnen selbst nach Ansicht der meisten Berufsgenossenschaften von Rechtswegen zustehen.

Wenn man trotz der günstigen wirtschaftlichen Lage, deren wir uns erfreuen und welche alle Befürchtungen bezüglich der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie als unbegründet erwiesen hat, sich nicht einmal zu den beschiedenen Reformen im Interesse der arbeitenden Klassen verstehen will, wenn man vielmehr die Interessen der Unternehmer und der bestehenden Klassen derartig in den Vordergrund stellt, wie es der Herr Staatssekretär des Innern in seinen Reden vom 11. und 13. Dezember v. J. gethan, dann setzt man sich nicht nur in Widerspruch mit den Aufgaben unserer Zeit, sondern auch mit dem Erlaß Kaiser Wilhelms II vom 4. Februar 1890! —

## Die „Norddeutsche Allgemeine“ und die englischen Maschinenbauer.

Wenn ein Minister im deutschen Reichstage sich ungünstig über englische Trade-Unions äußert, so ist für die offiziellen Blätter natürlich Pflicht und Schuldigkeit, diesen Verbänden den Krieg zu erklären. Fehlen die Kenntnisse über Gewerkschaftswesen, welche natürlich Grundbedingung zu einem derartigen kriegerischen Unternehmen sein sollten, so pumpt man sich diese Kampfmittel bei Unternehmernblättern, das ist höchst einfach und erspart eigenes Nachdenken. Nach diesem Rezept hat denn auch die „Nordd. Allg. Ztg.“ für die Maschinenbauer einen — wie sie vermutlich meint — recht gefährlichen Trank aus der braven „Ablnischen“ und der englischen „Daily News“ zusammengebraut, den sie ihren gläubigen Lesern in zwei Portionen verzapft. Der erste Artikel beginnt mit der Versicherung, daß der augenblicklich tobende Kampf unabsehbare Opfer kosten werde, und sagt damit etwas durchaus Wichtiges, nur muß energisch gegen den Ausdruck „die irgeleiteten Arbeiter“ Protest erhoben werden. Es muß heißen „die zum Kampfe gezwungenen“ oder auch die „gemäßregelten Arbeiter“, dann stimmt der Satz. Sodann

bringt das genannte Blatt wieder den schon häufig widerlegten Unfluth: „Die Besitzer der Schiffswerften sind fest entschlossen, ihre Macht durch die Gewerkvereine nicht brechen zu lassen.“ Der Behauptung, daß die Gewerkvereine die Macht der Werftbesitzer zu brechen beabsichtigten, wird man wohl immer wieder begegnen, denn Unternehmerblätter werden sich hüten, die Wahrheit einzugestehen, daß das Gegentheil der Fall ist, daß nämlich die Unternehmer verbrieft und gesetzmäßige Rechte der Trade-Unions zu verstümmeln gedachten, daß sie — um mit Mr. Siemens zu reden — die Trade-Unions „zermalmen“ wollten. Hat die „Norddeutsche“ das Verdächtig sich von den wirklichen Absichten der Unternehmer zu überzeugen, so möge sie sich die Mühe nicht verbieten lassen, die deutschen Gewerkschaftsblätter von Beginn des Kampfes bis heute zu studiren, sie wird dort diese Absichten, mit unwiderleglichen Beweisen belegt finden. Jedenfalls glaube ich mir die Mühe sparen zu sollen, heute noch einmal diese Belege aufzuzählen, umso mehr, da ich bei dem konservativen Blatt kaum auf ein Verständnis für Arbeiterangelegenheiten rechnen kann. Wenn aber die „Norddeutsche Allgemeine“ sich Sorge darüber macht, ob auch die Arbeiter einen derartigen Kampf werden verschmerzen können, so soll sie das nur ruhig die Sorge der Arbeiter sein lassen. Ja, es ist von ihrem Standpunkte aus unlogisch, aus der etwaigen Niederlage der Maschinenbauer Nachteile für dieselben zu befürchten, denn die Unternehmer erzählen der staunenden Welt ja immer, daß nur Vortheil für den einzelnen Arbeiter zu erwarten sei, wenn die scheußlichen Trade-Unions erst niedergelämpft wären. Als konservatives Blatt darf sich demnach die „Nordd. Allg. Ztg.“ gar keine Sorgen machen, daß es den Arbeitern schlecht bekommen könnte, wenn sie bis zum Neuesten kämpfen. — Was nun die Lage des Gewerkvereins der Maschinenbauer anbelangt, so ist es durchaus zutreffend, daß dieser Verein gewaltige Opfer gebracht hat, und daß er auch Unterstützungsgelder „entgegengenommen“ hat. Natürlich soll dem Verein ein versteckter Vorwurf der Bettelei gemacht werden. Jeder anständige Mensch wird dagegen mit mir der Ansicht sein, daß ein Gewerkverein, der — wie die „Norddeutsche“ selbst sagt — „Erhebliches zur Unterstützung der Arbeiter geleistet hat“, vollständig berechtigt ist, von anderen Vereinen ebenfalls Hilfe zu verlangen. Das ist er seinen Mitgliedern schuldig und das verlangt der gesunde Menschenverstand. Wenn aber behauptet wird: „Die Kranken- und Alterskassen sind ausgeplündert“, so ist dies so lange eine Verleumdung, bis Beweise für diese Beschuldigung erbracht werden. Was die Herren Unternehmer und ihre Presse mit einer solchen Behauptung bezwecken, ist klar. Man will dadurch die Maschinenbauer veranlassen in gerechter Entrüstung den Stand ihrer Finanzen zu verrathen und andererseits die Mitglieder des Gewerkvereins, welche auf diese Kassen angewiesen sind, in dem Vertrauen zu ihrem Vereinsvorstand erschüttern. Mr. Barnes widerlegt derartige, aus englischen Unternehmerblättern stammende Tartarennachrichten, in seinem letzten monatlichen Berichte mit dem kurzen Satz: „Wieder sind Gerüchte im Umlauf, daß der Gewerkverein vor dem Zusammenbruch stände, und deshalb halte ich es für nothwendig, hier zu betonen, daß niemand Veranlassung hat daran zu zweifeln, daß der Verein seinen Verpflichtungen in jeder Beziehung nachkommen wird.“ Hoffentlich fühlt sich die „Norddeutsche Allgemeine“ hierdurch veranlaßt, die häßliche Beschuldigung zurück zu nehmen, oder zu beweisen. Die Sache mit Schweigen zu übergehen, würde ihr keine Ehre einbringen. — Einen Anstrich von „Vertrautheit mit den Verhältnissen der Gewerkvereine“ sucht sich das mehrgenannte Blatt sodann zu geben, indem es versichert, daß nicht „mehr als eine Million Arbeiter“ auf dem Londoner Kongress hätten vertreten sein können, da die ganzen Trade-Unions dann hätten dort vertreten sein müssen. Bei aller Achtung vor der „Vertrautheit“ des konservativen deutschen Organs möchte ich doch bemerken, daß selbst die englische sozialdemokratische Presse, und zwar in einem Artikel, in welchem es ihr darauf ankommt, die Trade-Unions als möglichst schwach hinzustellen, die Zahl der Mitglieder „nach neuester Schätzung“ auf 2000000 angiebt. Warum sollen davon nicht „mehr als eine Million“ in London vertreten gewesen sein? Höchst komisch muß aber die zweifache Erwähnung der „Free Labour Association“, d. h. der „freien Arbeiter-Vereinigung“ den Penner berühren! Dieser Gesellschaft, welche von den Unternehmern jedesmal dann aufgebieten wird, wenn es den Kampf gegen ehrliche Arbeiter durchzuführen gilt, und die aus Leuten sich zusammensetzt, welche nur dann zur Arbeit zu haben sind, wenn die Unternehmer bei Streiks ihnen erhöhte Löhne gewähren, nur um nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als fehle es nicht an Ersatz für die ausgeschlossenen Arbeiter, dieser Gesellschaft widerfährt die hohe Ehre, in einem konservativen Zeitungsblatte zweimal lobend erwähnt zu werden. Werden die aber stolz sein! Um aber zu zeigen, wie wenig von den „22000 bereits gestellten Arbeitern“ dieses edlen Verbandes zu befürchten oder zu hoffen ist, möchte ich hier ein Factum erwähnen. Die Herren Parrow, eine Verbandsfirma, haben von diesen 22000 ihren Bedarf an Arbeitskraft gedeckt und konstatiert, daß die gleiche Anzahl „Frei- Arbeiter“ vierzehn Tage an einer Arbeit zu thun hatten, welche von den ausgeschlossenen Maschinenbauern sonst in drei und einer halben Stunde fertig gestellt wurde. Möchten die Unternehmer nur recht viele solcher „Arbeiter“ anstellen, um so früher werden sie endlich mal eine Leise Ahnung davon bekommen, was eigentlich „Arbeit“ ist. — Zum Schluß des ersten Artikels werden endlich die Führer der Ausständischen „Berufssozialisten“ genannt. Wenn der Schreiber unter Berufssozialist solche Leute versteht, welche sich mit der sozialen Frage beschäftigen, so hat er mit seiner Bezeichnung recht, will er aber die Arbeiterführer als Sozialisten kennzeichnen, so stellt er sich über seine Kenntnisse englischer Verhältnisse das kläglichste Armuthszeugniß aus. Gerade das Comité des „Londoner Gewerkschaftsrathes“ also jene „Bonzen“, wie sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ so geschmackvoll ausdrückt, welche die Londoner Konferenz der Trade-Unions beriefen, haben vor einigen Tagen einen deutlichen Beweis dafür gegeben,

daß sie von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Mit 9 gegen 2 Stimmen beschlossen die „Bonzen“ nämlich bei den bevorstehenden Wahlen nicht solche Kandidaten zu unterstützen, welche sich sozialdemokratischer Unterstützung erfreuten. So steht es mit dem Sozialismus der Arbeiterführer aus. — Den zweiten Artikel der „Norddeutschen“, den sie der „Daily News“ entnommen hat und in dem den Arbeitern vorgeworfen wird, daß sie nicht wüßten, was sie eigentlich wollten, möchte ich nur kurz besprechen. Die „D. N.“ haben zu Beginn des Streites auf Seiten der Arbeiter gestanden, mit der Zeit aber den augenblicklichen Standpunkt einnehmen müssen, da die liberale Partei, deren Leiborgan das genannte Blatt ist, durch Aufstellung eines dem Unternehmerverbande angehörigen Herrn als Parlamentskandidaten, aus ihrer bisherigen Neutralität den Arbeitern gegenüber heraustrat. Die „Daily News“ ist eine Zeitung, der es eben genau so geht, wie der „Norddeutschen“; ihr Denkspruch lautet nämlich: „Wessen Brot ich eß, dessen Lied ich sing“, und da dies der Fall ist, so hat die Zeitung natürlich kein Recht, zu verlangen, daß sie ernster genommen wird, als alle jene auf Befehl und für Bezahlung arbeitenden Blätter des In- und Auslandes. —

**Ueber den Achtstundenkampf schreibt unser englischer Korrespondent:** In der vergangenen Woche jagte eine aufregende Nachricht die andere und die aufregendste war wohl die, daß die Arbeiter in „Glasgow“ den Kampf aufgegeben hätten. In dieser Form konnte die Nachricht natürlich nicht wahr sein, denn dann hätten die Arbeiter sich in dem Moment ergeben, in dem die übrigen Trade-Unions zur Unterstützung herbeieilen. Die Sache hätte sich denn auch bald auf. Der Präsident der Maschinenbauer war in geheimer Mission in Glasgow, um mit den dortigen Unternehmern hinter dem Rücken des Unternehmers Obersten Dyer wegen Zurückziehens der Ausschlußnotizen zu verhandeln. Gerüchte über die Verhandlungen gaben zu der Nachricht Veranlassung, die aus diesem halben Erfolge der Maschinenbauer eine ganze Niederlage zu machen versucht. Die Arbeiter haben von Anfang an erklärt, daß sie zu späteren Verhandlungen bereit sind, zunächst aber das Zurückziehen der Ausschlußnotizen verlangen müssen. Werden diese Notizen zurückgezogen, so ist damit der Kampf des vereinten Kapitalismus gegen die Trade-Unions wohl für immer aufgegeben. Mag das Zurückweisen dieses Angriffes auch enorme Opfer gekostet haben, jedenfalls haben die Maschinenbauer ihn abgeschlagen, noch ehe der Trade-Union-Verband ins Leben getreten war. Uebrigens möchte ich betonen, daß alle Nachrichten vorläufig mit Vorsicht aufzunehmen sind, und daß besonders der Unternehmerpresse ein großes Mißtrauen entgegenzubringen ist. — R.

## Aus den Ortsvereinen.

**Wosen.** Die letzte, im vergangenen Jahre stattgehabte Versammlung unseres Ortsvereins war recht gut besucht. In derselben wurde der bisherige Ausschuß wiedergewählt, womit die anwesenden Mitglieder bezeugten, daß sie mit der Thätigkeit desselben im Geschäftsjahre 1897 zufrieden waren und nahmen infolge dessen sämtliche Gewählten ihre Aemter für das Vereinsjahr 1898 wieder an. Herr Meinde referirte über die stattgehabten Ausschußsitzungen und Ortsvereinsversammlungen und gab eine Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben und wies nach, wie segensreich der Gewerbeverein der Deutschen Tischler für viele Mitglieder unseres Ortsvereins auch im Jahre 1897 wieder gewirkt habe, bedauerte aber auch zugleich, daß ein Zuwachs von Mitgliedern in dem gewünschten Maße leider nicht stattgefunden hat, aber es sei doch kein Mißschritt und auch kein Stillstand zu verzeichnen. Ein weiteres Aufblühen des Ortsvereins erhoffe er im neuen Jahre und bat, daß hierzu alle Mitglieder beitragen möchten durch Agitation von Mund zu Mund und durch recht rege Theilnahme an den Versammlungen im neuen Geschäftsjahre, denn nur dadurch könne ein ersprießliches Gedeihen des Ortsvereins und eine mit Lust und Liebe gewürzte Thätigkeit des Ausschusses ermöglicht werden. Nun sprach Redner längere Zeit über den Zustand der Maschinenbauer in England, beleuchtete die Kampfweise des dortigen Unternehmertums und kritisirte in scharfen Worten das unwürdige Ansinnen, das die glücklichen Kapitalregenten in den stattgehabten Konferenzen an die Arbeiter stellten. Redner hob hervor, daß der Kampf für die Gewerbevereinsorganisation unbedingt einen ehrenhaften Ausgang nehmen müsse und bat die Mitglieder, wenn es nothwendig werden sollte, vor einer wöchentlichen Extrasteuer nicht zurückzuschrecken, denn ginge der Kampf verloren, so könnten auch für die deutschen Gewerbevereine folgenschwere Konsequenzen daraus entstehen. Des Redners Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen und in der folgenden Diskussion machte sich eine erfreuliche Einmüthigkeit geltend für eine eventuelle regelmäßige Unterstützung aus eigener Kraft bis zur Beendigung des Kampfes. Es sei hier noch darauf aufmerksam gemacht, daß die erste Versammlung am Sonntag, den 23. Januar, Nachmittags 5 Uhr im Vereinslokale, Wasserstraße 27, stattfindet, in welcher wichtige Angelegenheiten verhandelt werden und außerdem nach der Versammlung ein interessanter Vortrag von Herrn Kudat stattfindet und zwar über das Thema: „Görbersdorf und seine Bedeutung für Lungentranke.“ Die Herren Mitglieder werden gebeten, in dieser Versammlung sämmtlich zu erscheinen und zu dem Vortrage auch die weiblichen und männlichen Familienmitglieder hinzuziehen. — Bemerket sei noch, daß jedem einzelnen Mitgliede der Versammlungskalender für 1898 in das Quittungsbuch wieder eingeklebt werden wird.

Der Ausschuß.

**Berlin.** Der Ortsverein der Tischler (Nord) ladet zu seinem am 22. Januar 1898, Abds. 9 Uhr, in Fey's Gesellschaftssälen, Brunnenstr. 184, stattfindenden Maskenballe die Mitglieder mit ihren Familien, auch der Brudervereine, wie die Verbandsgenossen zu zahlreicher Theilnahme

freundlichst ein. Einlaßkarten à Person 50 Pf. sind bei den Herren W. Noack, Swinemünderstr. 52, F. Voehle, Hochstr. 32, Hof pl., sowie dem Unterzeichneten zu haben.

L. Reimer, Sekretär, Gerichtsstr. 86, III.

**Berlin.** Der Königstädtische Ortsverein der Tischler ladet zu seinem am 22. Januar 1898, Abds. 9 Uhr, bei Fiebig, Gr. Frankfurterstr. 28, eingerichteten Maskenballe die Mitglieder mit ihren Familien, sowie Freunde und Bekannte zu zahlreicher Theilnahme höflichst ein. Einlaßkarten à Person 50 Pf. sind bei allen Ausschußmitgliedern und dem Unterzeichneten zu haben.

C. Schwantes, Kassirer, Friedensstr. 51, III.

**Schwelmer.** Am 23. Januar d. J. feiert der hiesige Ortsverein der Tischler zc. gemeinsam mit dem Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in der „Sängerhalle“ Röhgen sein drittes Stiftungsfest, zu welchem Herr Moser (Grefeld) die Festrede freundlichst übernommen hat. Zu recht zahlreicher Theilnahme von Nah und Fern ladet freundlichst ein.

J. A.: N. Berrek, Sekretär.

**Schmölln.** Unser 17. Stiftungsfest findet am 23. Januar, Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$  Uhr, im Saale des Hotels „Zur Wartburg“ statt. Dem zunächst beginnenden Konzert wird sich ein Ball mit reicher Christbaumverloofung anschließen. Alle Genossen von Nah und Fern sind daher herzlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

## Briefkasten.

**A. N. in Betschau.** Das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben haben wir zu wiederholten Malen, zuletzt in No. 2 von diesem Jahre; da Sie nun hierauf keinen Werth legen, kann das Eingefandt erst in nächster Nummer verwendet werden! — **A. A. in Berlin.** Die Frage ist unserem Korrespondenten zu näherer Auskunft übermittelt, dessen Antwort jedoch noch aussteht. — **G. W. in Berlin.** **F. E. in Düsseldorf.** Wegen Raummangels kann die Aufnahme des Eingefandt erst in nächster Nummer erfolgen.

## 125. Bureaufizung.

Verhandelt Berlin, den 17. Januar 1898, Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$  Uhr.

1. Bauen. Das Rechtsschutzgesuch des Mitgliedes S. Miethe wird dem Generalrath überwiesen.
2. Siegen. Die für Infectionen erstandenen Unkosten, über welche die Beläge vorliegen, werden zwar bewilligt, für die Folge aber würde Ablehnung erfolgen müssen, wenn nicht vorher Bewilligung beantragt worden.
3. Biberach. Der Antrag auf Ordnungsstrafe wird dem Vorstande überwiesen, es wird genehmigt, daß die dortigen Genossen nicht die Benennungen der Körperschaften statutengemäß gesondert halten, indem Ausschuß und Generalrath keine Zuschußkassenangelegenheiten zu erledigen haben, sondern dieses der Verwaltung, der Verwaltungsstelle und dem Vorstande der Zuschußkasse obliegt.
4. Bromberg. In der Angelegenheit des Mitgliedes Budzinski wird das Bureau das weitere veranlassen.
5. Langenbielau. Die Entsendung eines Festredners zum Stiftungsfeste muß abgelehnt werden.
6. Berlin (Mühle). Der Antrag der Kommission der Berliner Ortsvereine der Tischler betreffend Einladung eines Vertreters derselben zur nächsten Generalrathssitzung wegen der Rechtsschutzsache Gericke wird abgelehnt, da Geschäftsordnung und Reglement genügende Bestimmungen enthalten.
7. Burg. Von dem Schreiben hinsichtlich der allgemeinen Mitgliederabstimmung ist Kenntniß genommen; gerügt wird, daß die dortigen Genossen auch in diesem Falle den Gewerbeverein nicht von der eingeschriebenen Hilfskasse unterschieden haben.
8. Frankfurt a. O. Das eingereichte Schreiben wird der Agitationskommission für Brandenburg zur Beachtung überwiesen.
9. Der eingeschickte Abschluß der Vorortskommission nebst Anschrift wird dem Generalrath überwiesen.
10. Danzig und Schweidnitz. Die hergesandten Hilfsfondsgesuche werden gleichfalls dem Generalrath überwiesen.
11. Görlich (Goldarb.). Das Unterstützungsgesuch für Mitglied Buch No. 12 059 B. Lehmann wird dem Generalrath überwiesen.
12. Bromberg. Dem Mitgliede Weitemeier wird fernere Aussperrungsunterstützung vom 17. Dezember 1897 bis 14. Januar 1898 zugestimmt mit der Maßregel, daß von da ab erforderlichenfalls nur Arbeitslosgeldunterstützung auf rechtzeitig vorher gestellten Antrag gezahlt werden kann, ferner wird getadelt, daß die im § 2 des Reglements vorgeschriebenen Bestimmungen nicht genügend beachtet wurden.
13. Schmölln. Der eingeschickte Antrag wird dem Generalrath überwiesen.
14. Rixdorf. Das Hilfsfondsgesuch des Mitgliedes Nenz wird vertagt, bis näherer Bericht zu derselben vorliegt; das Gesuch des Mitgliedes Buch No. 4372 Zerfuß kann erst dann zur Beschlußfassung gelangen, wenn ein ordnungsmäßig ausgefertigter Antrag hierzu vorliegt.
15. Elberfeld. Das Gesuch um einen Redner wird bei gegebener Gelegenheit Berücksichtigung finden.
16. Dresden. Dem Mitgliede Blacht wird der nachgesuchte Rechtsschutz bewilligt.
17. Düsseldorf. Dem Antrage zur Beschaffung eines Spindes behufs Aufbewahrung der Kasse und Bücher beim Kassirer wird zugestimmt und

der Anschaffungspreis, welcher aus der Ortsvereinskasse zu bezahlen ist, auf 20 Mark festgestellt.

18. Arbeitslosigkeitunterstützung ist zu zahlen: dem Mitgliede Buch No. 559 Scholz, Ortsverein Berlin (Moabit) vom 17. 1. 98 (Beitragsabst. 4 W.); — 1599 Raminshy-Berlin (Moabit) 17. 1. 98 mit Anrechnung der im März 1897 erhaltenen Unterstützung (Beitragsabst. 4 W.); — 7593 Strauch-Berlin (Erster) 13. 1. 98 (Beitragsabst. 3 W.); — 4894 Nitzge-Nixdorf 17. 1. 98 (Beitragsabst. 4 W.).

Der Antrag des Mitgliedes 13 811 Kreller-Obernhau wird abgelehnt, weil das Mitglied noch nicht bezugsberechtigt; desgleichen der Antrag des Mitgliedes 13 221 Vogel-Königsberg — (demselben kann auch Beitragsabstempelung nicht gewährt werden, weil die Bestimmungen des § 3 c des Reglements nicht eingehalten werden).

19. In Arbeit: Mitglied Buch No. 7088 Schneider 10. 1. 98; — 8033 Klämt 11. 1. 98, beide (Berlin Erster) und 11 420 Langhafel-Bredow 7. 1. 1898.

Schluß der Sitzung 5 Uhr.

Das Bureau.  
**N. Bahlke**, Vorsitzender.  
**F. Liebau**, Schatzmeister.  
**G. L. Wulff**, Generalsekretär.

### Zur geneigten Beachtung!

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (§ 26 der Gesch.-Ordn.) kein Kassierer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassierer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzusenden.

No. 12 745. Karl Rose-Berlin (Erster). — No. 14 662. Ernst Fleischmann-Themar. — No. 9016 Friedrich Funk-Danzig.

**N. Bahlke**, Vorsitzender.  
**F. Liebau**, Schatzmeister.  
**G. L. Wulff**, Generalsekretär.

### Versammlungen.

Januar.

- Allenstein.** 30. Nachm. 6 Uhr, Vers. im „Hotel Kopernikus“. Geschäftliches, Jahresbericht, Verschiedenes, Beitragzahlung.
- Augsburg.** 30. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Wiener Hof“, Carmelitenstr.
- Berlin (Erster).** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Allgem. Mitgl.-Abstimm. Vortrag des Lehrers Herrn Rosin: Die Schädigung des Schulunterrichts durch die gewerbliche Kinderarbeit.
- Berlin (Königl.).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Ber., Beitrag, u. v.
- Berlin (Moabit).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Bredowstr. 11. Geschäftl., Beitrag.
- Berlin (West).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Kullmstr. 10, Ecke Götterstr. Beitrag.
- Berlin (Nord).** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 41. Gesch., Vereinsang.
- Berlin VI. (Pianofortearb.).** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Oranienstr. 183. Versch.
- Böhlen.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Löwen“. Beitrag, u. a.
- Brandenburg.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kurstr. 51. Gesch., Allgem. Mitgl.-Abstimm. — Die Beiträge sind nur in d. Vers. j. entricht.
- Bredow.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. Wilhelmstr. 71. Gesch., Berichte, Beitrag.
- Breslau (Holzarb.).** 22. Abds. 8 Uhr im „Ordnung Löwen“ Nikolaitr. 68. Beitrag.
- Bromberg.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. bei Woythaler. Abstimmung über den Generalratsantrag, hiernach Kaisers Geburtstagsfeier.
- Charlottenburg.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Kühn, Weimarerstr. 16. Zahlabend; Versammlung am 29. ebendasselbst.
- Chemnitz.** 31. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Reichstrone“, Reichstr. 73. Geschäftliches, Beitragzahlung.
- Cüstrin.** 23. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitrag, Versch.
- Danzig.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstädter Graben 9. Gesch., Beitrag.
- Dresden.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Schwarzen Wallfisch“, Frauenstraße. Geschäftl., Verschiedenes.
- Düsseldorf.** 23. Abds. 7 Uhr, Vers. b. Rosenstein, Steinstr. 41. Gesch., Ber. u. a.
- Duisburg.** 23. Vorm. 11 Uhr, Vers. bei Beyer, Friedr. Wilhelmpl. Beitrag.
- Eberfeld.** 22. Abds. 9 Uhr, Vers. Gesundheitsstr. 46. Gesch., Beitrag, Abstimmung über den Generalratsantrag.
- Forst.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Thumstr. 13. Gesch., Beitrag, Berichte.
- Frankfurt.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Restaur. „Zum Kellenpring“, am Kellenpring. Geschäftl., Beitrag, Versch.
- Georgenthal.** 23. Nachm. 2 Uhr, Vers. im „Hotel Schützenhof“. Berichte, Beitrag.
- Görlitz (Tischler).** 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Pilsgerichante“, Heilige Grabstr. Gesch., Beitrag, Versch.
- Grandenz.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Goldenen Anker“. Beitrag, u. a.
- Hagen.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Müllenberg, Wehringhauserstr. 39. Gesch.
- Halle.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 10.
- Jena.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Gesch., Versch.
- Kaiserlautern.** 22. Abds. 9 Uhr, Vers. i. d. „Bavaria“, Mannheimerstr. 57.
- Landsberg II.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Zerbe, Priesterstr. 9. Gesch., Beitrag.
- Langensl. 22. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Pfeiffer. Geschäftl., Beitragzahlung, Allgemeine Mitglieder-Abstimmung. Besprechung über Stützfest.**
- Lauenburg.** 30. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Mutzall. Gesch., Bericht, Beitrag.
- Lauterbach.** 30. Nachm. 3 Uhr, Vers. im Gasth. „Zur Festung“. Gesch., Versch.
- Liegnitz.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum Kaiserhof“. Beitrag.
- Löbau.** 29. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Albergarten“. Gesch., Berichte.
- Mannheim.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Goldenen Mond“. Gesch., Beitrag.
- Mülheim (Ruhr).** 30. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Dedy. Beitrag, Versch.
- Obernau.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Musch's Restaurant“. Beitrag.
- Osterode (Spr.)** 22. Abds. 8 Uhr, Außerord. Vers. im „Kaisersaale“. Allgem. Mitglieder-Abstimmung über den Generalratsantrag.

- Posen.** 23. Nachm. 5 Uhr, Vers. bei Zickermann, Wasserstr. 27. Geschäftl., Beitrag, Mitglieder-Abstimmung, Berichte, Fragekasten.
- Rathenow.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Dießing, Berlinerstr. 14. Beitrag.
- Nixdorf.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Hermannstr. 199. Gesch., Berichte, Versch.
- Hudolstadt.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Restaurant Danz“. Gesch., Beitrag.
- Saarbrücken.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kest. Hohenzollern“. Beitrag, u. a.
- Dr.-Stargard.** 22. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in d. „Turnhalle“. Gesch., Berichte, Versch.
- Stolp.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Buggert. Gesch., Ber., Beitrag, u. a.
- Striegau.** 22. Abds. 8 Uhr, Vers. im Gasth. „zum schwarzen Bär“. Gesch., Versch.
- Zerbst.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Vogel im „Rathskeller“. Gesch., Beitrag.
- Zweibrücken.** 29. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in d. „Brauerei Ringer“. Beitrag.

### Orts- und Medizinalverbände.

**Dresden (Ortsverband).** Vers. Sonnabend, 29. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr im Saale des „Zivoli“, Wettinerstr. L.:D.; Jahresbericht. Das Sächsische Vereinsgesetz, Ref. Herr Dr. Nischul. Der Ausbreitungsverband der deutschen Gewerksvereine im Königr. Sachsen, Ref. Herr G. Guth-Leipzig. Anträge zum Verbandstage. Versch. und Fragekasten.

## Anzeigen.

### Nachruf.

Am 12. Januar d. J. verstarb nach kurzem Krankenlager unser Genosse, der Tischler

**Herr Hermann Weinhold**

im nahezu vollendeten 78. Lebensjahre.

Er war uns ein treuer Genosse, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren.

Der Ortsverein der Tischler und verw. Berufsgenossen Berlin-West.



# „Die Eiche“

Organ  
 des Gewerksvereins der deutschen Tischler (Schreiner)  
 und verwandten Berufsgenossen

Jahrgang 1897

auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden,  
 ist für Mitglieder, Vereins-Bibliothekler, wie Verbandsgenossen  
 zum Preise von Mk. 2,25 einschl. Porto durch die Expedition  
 Berlin S.W., Alexandrinenstr. 113 II zu beziehen.

Unserem Sekretär **Carl Pfeffer** zu seinem 49. Wiegenfeste, und in Anerkennung seines wackeren Bestrebens in dem mehrjährigen Amte des Ortsvereins der Tischler zu Allenstein, ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Hohensteiner Querstraße wackelt und wackelt.

Mehrere Genossen.

### Patentamtlich geschützter \* Massenartikel,

passend für Stuhl- und Möbelfabriken ist lizenzweise zu vergeben. Offert, unt. **A. O. 100** an **Saasenstein & Bogler, N.-S., Wittweida in Sachsen.**

Ein tüchtiger Stellmacher sucht sofort dauernde Beschäftigung. **Nich. Beyer, Baderburg bei Bernau (Mark).**

Tüchtige Möbelschreiner finden lohnende und dauernde Beschäftigung durch den Kassierer **H. Siedenschnur** in Lübeck, Dornstraße 17a.

Mehrere tüchtige **Bau- und Möbelschreiner,** sowie zwei Lehrlinge erhalten Stellung durch den Arbeitsnachw. des Ortsverband. **Lüdenscheid (Westf.) b. Aug. Hartmann, Grabenstr. 17.**